

Harald Bergsdorf

Weiche und harte Angriffe auf die Demokratie

Friso Wielenga, Florian Hartleb (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Waxmann Verlag, Münster 2011, 244 Seiten, 24,90 Euro.

Hubertus Buchstein, Gudrun Heinrich (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2010, 544 Seiten, 26,80 Euro.

Karsten Dustin Hoffmann: „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, 402 Seiten, 59,00 Euro.

In Zeiten wie diesen sind die gemäßigten Parteien besonders gefordert: Je weniger Vertrauen sie in der aktuellen Phase gravie-

render Veränderungen und grassierender Verunsicherungen genießen, je weniger sie komplexe Sachverhalte sowohl ausgewogen als auch allgemein verständlich artikulieren, desto stärker können populistische Kräfte davon profitieren. Umso wichtiger ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema „Populismus“. Dieser wichtigen Aufgabe widmet sich der aktuelle Sammelband *Populismus in der modernen Demokratie*.

Je präziser der Begriff des Populismus definiert ist, desto leichter lässt er sich vor inflationärem Gebrauch beziehungsweise vor Missbrauch schützen. Anders als Extremismus, der stets demokratiefeindlich ist, gibt es sowohl antidemokratischen als auch demokratiekompatiblen „Populismus“. Zwar mischen sich Extremismus und Populismus bisweilen. Doch Extremisten agieren und agitieren eher als antidemokratische „Überzeugungstäter“, Populisten eher als (nicht) extremistische Opportunisten. Üblicherweise präsentieren

sich populistische Formationen als elitenfeindliche Anti-Parteien-Bewegungen mit charismatischer Leitfigur. Auftrieb spüren sie in der Regel, wenn die Sehnsucht nach einfachen Lösungen wächst.

Normalerweise verbreiten Populisten diverse Halbwahrheiten, die schwerer zu widerlegen sind als glatte Lügen. Vor allem Normalbürger gelten bei Populisten als tugendhaft. Sie mutieren bei Populisten von vermeintlichen Opfern der Politik zu dem angeblich (einzig) legitimen Subjekt der öffentlichen Angelegenheiten. „Der Trick des Populismus besteht darin, sich als demokratisch, volksnah und volkstümlich hinzustellen und dadurch alles, was differenzierter ist als die angebliche ‚Volksmeinung‘, also vor allem intellektuelle Kritik, als elitär, und das heißt undemokratisch, volksfeindlich erscheinen zu lassen. So erscheinen die schrecklichen Vereinfacher als Herolde des Volkswillens und die intellektuellen Differenzierer und Analytiker als

,Volksfeinde“, bemerkte Friedhelm Lövenich bereits 1989.

Ignoranz gegenüber Sachzwängen

Gemeinhin nutzen beziehungsweise schüren Populisten (altdeutsche) Parteienverachtung. Immer wieder bezeichnen sie Politik pauschal als „schmutziges“ statt als schwieriges Geschäft. Regelmäßig kritisieren sie die (angebliche) Abgehobenheit, Verkommenheit und Inkompetenz aller anderen Politiker. Gern geben sie sich besonders volksnah und demokatisch. Das „Volk“ nennen sie eine Ein- statt Vielheit. Üblicherweise zielen sie auf eine Einheit von Riegenden und Regierten. Vielfach übergehen sie Minderheitsrechte. Typischerweise äußern sie sich kompromissfeindlich und bezeichnen das Gemeinwohl als vorgegeben. Sich selbst und das „Volk“ idealisieren sie als „sauber“ und „kompetent“. Regelmäßig dramatisieren sie Missstände und erheben populäre Forderungen. Monomanisch ignorieren sie Sachzwänge. In der Regel konzentrieren sie sich auf wenige politische Themen. Normalerweise bevorzugen sie vereinfachte Diagnosen und Therapien. Immer wieder arbeiten sie mit Feindbildern und Verschwörungslegenden. Vielfach appellieren sie an

niedere Instinkte. Mit Vorliebe jonglieren sie mit Ressentiments. Dabei spekulieren sie auf die Verführ- und Verhetzbarkeit ihres Wählerpotenzials. Unterschiede zwischen „oben und unten“ verwandeln sie in Gegensätze.

Vielfach reden sie ihrem eher unpolitischen Wählerpotenzial nach dem Munde. Bevorzugt verweigern sie sich den Mühen politischer Überzeugungsarbeit. Freilich muss ein bürgernaher Politiker, der eine populäre Forderung erhebt und demonstrative Distanz zum herkömmlichen Politikbetrieb artikuliert, allein deshalb noch kein Populist sein – wesentlich ist die Dosis; die Adjektive „populär“ und „populistisch“ sind zu unterscheiden. Andernfalls wären fast alle demokratischen Politiker zumindest teilweise Populisten. Das aber hieße, den Populismus-Begriff zu entgrenzen, wie es im Band streckenweise geschieht.

Besonders Positiv hervorzuheben ist der übernational vergleichende Charakter des Bandes von Friso Wielenga und Florian Hartleb.

Zu den bemerkenswerten Beiträgen im Band gehört die Analyse von Frank Decker. Seine Ausführungen über das Spannungsverhältnis von Demokratie und Populismus münden in einem Plädoyer für

mehr plebisizitäre Elemente in der Bundesrepublik als ein Mittel gegen Populismus. Freilich haben in der Schweiz plebisizitäre Elemente den atemberaubenden Aufstieg von rechtsextremen Populisten zumindest nicht verhindert, wahrscheinlich sogar gefördert. Deshalb verwundert Deckers Optimismus, mit dem er mehr plebisizitäre Elemente gegen populistische Kräfte fordert, die ihrerseits in fast allen europäischen Ländern mehr Plebiszite fordern. Wenn Decker daneben die Abgehobenheit gemäßigter Parteien kritisiert, ist zu fragen, ob ihre Mehrzahl nicht eher unter übermäßiger Demoskopie nähe leidet und politische Führung scheut. Insgesamt bietet der Band eine gute Grundlage und eine nützliche Orientierung für eine vertiefte Analyse des Populismus. Er gibt erste aufschlussreiche Antworten auf die Frage, unter welchen Bedingungen populistische Kräfte eher scheitern oder reüssieren. Besonders verdienstvoll ist der Ansatz des Bandes, Linkspopulismus in die Analyse einzubeziehen – unter anderem am Beispiel der Linkspartei.

Mittel des ostdeutschen Rechtsextremismus

Der Sammelband von Hubertus Buchstein und Gundrun Heinrich konzen-

triert sich im Kontrast dazu auf den Rechtsextremismus in Ostdeutschland, der zunehmend auch mit populistischen Mitteln arbeitet. Schwerpunktmaßig analysiert das Buch rechtsextreme Strategien und demokratische Gegenstrategien in ländlichen Regionen. Dadurch gewährt es exemplarische Einblicke in Interaktionen von Rechtsextremisten und Demokraten in der ostdeutschen Provinz. Drei filigrane Fallstudien (aus Anklam, Lübtheen, Ueckermünde) untersuchen sowohl politische und soziale Strukturen in den jeweiligen Regionen als auch Potenziale und Aktivitäten von Rechtsextremisten und ihrer demokratischen Widersacher. Zusätzlich liefern die Autoren Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremisten aus anderen Orten in Deutschland. Hier ist das Beispiel Wunsiedel bemerkenswert, wo sich die Stadt unter einem Bürgermeister von der CSU mit vielen Bürgern engagiert und erfolgreich gegen rechtsextreme Tendenzen wehrt.

Wie der Band unterstreicht, fällt es Rechtsextremisten oft besonders schwer, vor Ort erfolgreich zu sein, wenn sie dort wenig verankert sind oder gar als zugereiste Außenseiter gelten und gewaltbereit auftreten.

Handelt es sich hingegen um *home grown*-Rechtsextremismus, der sich in strukturschwachen Gebieten mit Unterstützung örtlicher Biedermann stark um soziale Probleme vor Ort kümmert und fehlende oder sterbende Regionalzeitungen durch rechtsextreme Gratisblättchen im Biedermann-Kostüm (*Wartburg-Bote*) ersetzt, kann er leichter politische Erfolge erringen. Umso wichtiger ist in solchen Orten demokratische Gegenwehr, die weder politisches noch soziales Brachland entstehen lassen darf – so schwer das oft ist, wenn die Zahl der aktiven Mitglieder von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen mehr oder minder stark schrumpft. „Für den Triumph des Bösen reicht es oft, wenn die Guten zu wenig tun.“ (Edmund Burke)

Sehr hilfreich kann es sein, wenn sich örtliche Autoritäten gegen Rechtsextremismus eng vernetzen und klar positionieren, also Kirchenvertreter, Bürgermeister, angesehene Persönlichkeiten und kommunale Spitzenvertreter der demokratischen Parteien. Sie könnten auch einen runden Tisch installieren, an dem die Demokraten mit Experten regelmäßig die Lage des Rechtsextremismus vor Ort analysieren, dokumentieren und Gegenstra-

tegen entwerfen. Demonstratives Glockenläuten gegen lautstarke Rechtsextremisten oder das Projekt „Noteingang“ von Geschäftsleuten für Gewaltopfer sind ebenso hilfreich. Nützlich sein kann es auch, wenn etwa Vereine in ihren Satzungen von allen ihren Mitgliedern und Partnern offensiv eine demokratische Gesinnung einfordern.

Demokratisches Engagement konkret vor Ort kann sich zudem darin zeigen, regelmäßiges Fußballtraining für Jugendliche durchzuführen oder gelegentlich öffentliche Anlagen von Müll zu freien nach der Devise: Zupacken statt zuschauen, agieren statt reagieren! Das honorieren viele unpolitische Bürger, die sich durch solche Aktivitäten den Demokraten näher fühlen. Insgesamt fügt der Band viele Mosaiksteine zusammen. Dadurch leistet er einen hilfreichen Beitrag zur Analyse des Rechtsextremismus. Zugleich liefert er viele gute Ideen zur demokratischen Gegenwehr. Das ist wichtig. Denn aktive Demokraten sind der beste Demokratieschutz.

Linksautonomer Lebenstraum

Wie gefährlich Rechtsextremismus sein kann, haben die Morde der Zwickauer Zelle gezeigt. Die

Brutalität der rechtsextremen Täter übersteigt weit die jüngste Gewalttätigkeit von Linksextremisten. Dennoch ist Linksextremismus weder harmlos noch bedeutungslos. Allein die offizielle Zahl linksextremer Gewalttaten wächst seit Jahren. Daran sind vor allem Linksautonome beteiligt. Umso wichtiger ist es, linksautonome Milieus zu analysieren. Das ist eine stark vernachlässigte, aber auch schwierige Aufgabe. Denn Linksautonome bilden normalerweise Subkulturen, die *per definitionem* dazu neigen, sich stark abzuschotten.

Der Herausforderung, linksautonome Dunkelfelder auszuleuchten und aufzuhellen, widmet sich Karsten Dustin Hoffmann am Beispiel der „Roten Flora“ im Hamburger Schanzenviertel. Dabei ist Hoffmann kein wissenschaftlicher Trockenschwimmer. Denn bevor er seine filigrane Untersuchung begann, operierte er als Bereitschaftspolizist an der „Roten Flora“. Das motivierte ihn zu seiner Studie. Deren zentrales Anliegen besteht darin, Ziele, Bedingungen, Methoden, Erfolge und Funktionen der „Roten Flora“ zu analysieren. Ohne Schaum vor dem Mund verfasst, stützt sich Hoffmanns flüssig formulierter Band primär auf linksau-

tonome Erklärungen, behördliches Schriftgut, Sekundärliteratur und Presseberichte.

Linksautonome wie die „Floristen“ sind gemeinhin gewaltnäher und ideologieferner als orthodoxe Kommunisten, aber auch als traditionelle Anarchisten. Zu den zentralen Merkmalen linksautonomer Weltanschauungen gehört ihr ausgeprägter Individualismus, der sich deutlich vom Kollektivismus orthodoxer Kommunisten unterscheidet. Linksautonome zielen anders als orthodoxe Kommunisten auf keine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft. Fern von nicht staatlichen und staatlichen Hierarchien, versuchen sie vielmehr, primär für sich selbst vor Ort linksalternative Lebensentwürfe zu verwirklichen. Dafür brauchen sie „Freiräume“ ohne „Nazis“, ohne „Yuppies“, ohne luxuriante Wohnungen, ohne steigende Mieten, ohne Kommerz, ohne Sexismus, ohne Mackertum, ohne „Bullen“ und ohne den „repressiven“ Rechtsstaat als solchen, den sie für das „faschistisch-kapitalistische“ Grundübel halten und deshalb auch mit massiver Gewalt bekämpfen. Aus linksautonomer Sicht gelten Menschenrechte gerade für „Bullen“ und für „Nazis“ nur eingeschränkt.

Einen „Freiraum“ für ihre alternativen Lebensentwürfe wollten sich linksautonome Gruppen im ehemaligen Flora-Theater schaffen. Deshalb besetzten sie es 1989. Damit wollten sie einen Beitrag leisten, das gesamte Schanzenviertel soziokulturell zu konservieren und die linksautonome Szene in der Hansestadt zu stärken. Deshalb engagierten sie sich vehement gegen Pläne des damaligen Eigentümers, der Stadt Hamburg, die „Flora“ an einen Investor zu verkaufen, der das Gebäude sanieren und renovieren wollte, um es in eine Spielstätte für das „Phantom der Oper“ umzuwandeln.

Um ihre zentralen Ziele zu erreichen, setzen die „Floristen“ und ihr Umfeld bis heute gerade auch auf Gewalt, darunter Brandsätze und Wurfgeschosse wie Steine und Flaschen gegen Personen. Daneben wollen sie offensiv Sympathien unter Anwohnern gewinnen, indem sie versuchen die „Rote Flora“, die kein Wohnobjekt ist, als soziales und kulturelles Zentrum für das gesamte Quartier zu profilieren – und nicht lediglich als Projekt für die Autonomie von „Floristen“. So betreiben sie – für Leute mit wenig Geld – eine „Volksküche“, eine Fahrradwerkstatt und vor allem ein

Kulturprogramm im Sinne einer „Gegenkultur“.

Bislang sind die „Floristen“ ihren zentralen Zielen, den Staat zu beseitigen und die Gesellschaft grundlegend umzubauen, nicht näher gekommen. Sie haben es nicht geschafft, weitere „Freiräume“ zu initiieren – mit der „Roten Flora“ als Ausgangspunkt. Von einer Deutungshoheit oder Führungsrolle auch nur in Teilen des politischen Spektrums sind sie weit entfernt (die Linkspartei fungiert heute als Lobby der „Roten Flora“). Ebenso scheiterten die „Floristen“ daran, die Umstrukturierung des Schanzenviertels zu verlangsamen. Vielmehr gibt es im Schanzenviertel inzwischen Edelrestaurants – betrieben von TV-Köchen. Auch misslang es der „Roten Flora“ bisher, die linksautonome Szene in Hamburg und Umgebung zu stärken.

Es ist hingegen den „Floristen“ gelungen, eine Räumung ihrer subkulturellen Trutzburg zu verhindern und sie seit über zwanzig Jahren als fast rechtsfreien Raum zu erhalten. Darauf gründet ihr Mythos in der europäischen Szene bis heute. Gerade daraus saugen sie

immer noch Motivation. Zugleich genießt die „Rote Flora“ – zumindest als soziales und kulturelles Zentrum – Sympathien bei Teilen der Hamburger Medienlandschaft und Öffentlichkeit. Obendrein erwirtschaften die „Antikapitalisten“ durch ihr soziales und kulturelles Engagement Geld für ihre Projekte und Kampagnen.

Im Alltag mussten die „Floristen“ freilich immer wieder erkennen, wie groß mitunter die Unterschiede zwischen idealem und realem Leben sind. So erreichen Tendenzen zur Kommerzialisierung, zur Entpolitisierung (auch von Gewalt), zu Israelfeindlichkeit („Isra-Hell“) und zum Sexismus auch das Innenleben der „Roten Flora“. Ebenfalls gab es in ihr schwere Konflikte zwischen Homosexuellen und Feministen. Als die „Floristen“ eine offene Drogenszene an ihrem Objekt protegierten, entfernten sich Anwohner von ihnen, denen sie daraufhin „Rassismus“ vorwarfen. Ihr Ziel eines „herrschaftsfreien Diskurses“ stieß an Grenzen.

Um die Szene dauerhaft zu befrieden und zu „entzaubern“, rät Hoffmann, auf eine Räumung der „Roten Flora“ zu verzichten. Denn ihre

fortgesetzte Duldung als linksautonome „Spielwiese“ könne helfen, die selbstreferentielle Szene zu sedieren und ihre zumindest latent hohe Gewaltbereitschaft einzudämmen. Die „Floristen“ müssen weiter den Eindruck erwecken können, das Gebäude besetzt zu halten, obwohl sie ein unentgeltliches Nutzungsrecht genießen, das ihnen ein Multimillionär gewährt. Eine Räumung dagegen könne zu einer erneuten Aufwallung von Gewalt führen.

Freilich warnt Hoffmann, die „Floristen“ weiter mit staatlichen Geldern indirekt zu unterstützen, solange sie Gewalt bis hin zu schwersten Körperverletzungen propagieren oder gar ausüben (lassen), solange sie Drohungen gegen demokratische Politiker ausstoßen und solange sie Morde der RAF feiern. Das wäre, so Hoffmann, ein fatales Signal. Vielmehr bleibt es wichtig, den Verfolgungsdruck auf gewaltorientierte Linksextremisten in der „Roten Flora“ und ihrem Umfeld hoch zu halten. Mit seinem differenzierten Buch verkleinert Hoffmann eine große Forschungslücke. Es liefert viel hilfreiche Orientierung für künftige Studien über Linksautonomie.